



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 4.9.2008.

Zu Beginn der Tagesordnung wurde Dirk Elbers von der zweiten Bürgermeisterin Gudrun Hock als Oberbürgermeister vereidigt. Sein Nachfolger als Ratsmitglied ist Jürgen Kirschbaum (CDU).

Als 1. Bürgermeisterin wurde Frau Dr. Strack-Zimmermann (FDP) gewählt. Von 77 abgegebenen Stimmen, entfielen 39 Stimmen auf Frau Dr. Strack-Zimmermann, 3 auf Herrn Laubenburg. Außerdem gab es eine Enthaltung und 34 Nein-Stimmen.

Als 3. Bürgermeister hatte Herr Winterwerber sein Amt niedergelegt. Für ihn wurde Herr Conzen (CDU) mit 42 Ja-Stimmen gewählt. Mit nein stimmten 33 Ratsmitglieder, außerdem gab es eine Enthaltung und eine ungültige Stimme.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Linksfraktion zur **Schließung des Mieterbüros Garath der LEG** und der Sozialcharta die im Zusammenhang mit dem Verkauf der LEG an einen privaten Investor vereinbart wurde, erläuterte die Verwaltung, dass die Sozialcharta Bestandteil des Kaufvertrages ist und allen Mietern zugesandt wurde. Sie beinhaltet eine Begrenzung der Mieterhöhungen, den Verzicht auf Luxusmodernisierungen, den Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen, das lebenslange Wohnrecht für Mieter über 60 Jahre und den Schutz von Mietereinbauten. Zum 1.9.2008 wurde im Ministerium für Bauen und Verkehr eine Clearingstelle eingerichtet, die die Einhaltung der Sozialcharta überwachen soll. Durch einen jährlichen Bericht eines Wirtschaftsprüfers wird überprüft, ob und wie die Regelungen der Sozialcharta umgesetzt werden. Das Mieterzentrum Ratingen ist auch für Düsseldorfer LEG-Mieter zuständig. Das Mieterbüro in Garath ist mittwochs von 15-18 Uhr für Mieter erreichbar und montags von 9 bis 11 Uhr für Hausmeisterangelegenheiten. Auf Nachfrage von Ratsherrn Witzke (SPD), ob der Oberbürgermeister in Erwägung zieht, die LEG Wohnungen durch die Städtische Wohnungsgesellschaft zu erwerben, führte der Oberbürgermeister aus, dass er derzeit keinen Bedarf sieht, diese Wohnungen zu übernehmen.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur **Einbruchsprävention und Nachbarschaftshilfe** beschrieb die Verwaltung die in Hellerhof und Unterrath durchgeführten Modellprojekte „wachsamer Nachbar“. In einer Befragung wurde

verstärktes Engagement der kriminalpräventiven Räte bei Bürgerfesten gewünscht. Dem nachbarschaftlichen Engagement der Bevölkerung steht die Furcht vor Topfguckerei entgegen. Die Verwaltung beschrieb Projekte aus anderen Kommunen, wo der Aufbau von sozialen Kontakten und bauliche Maßnahmen im Außenbereich von Großwohnanlagen zu einer Reduzierung des Vandalismus führten.

Durch eine Anfrage wollte die CDU die **haushaltsrelevanten Auswirkungen der Erhöhung des Kinderzuschlages und des Wohngeldes** erfragen. Die Verwaltung erläuterte, dass von der Aufstockung des Kinderzuschlages voraussichtlich nur 187 Familien profitieren, sodass die Etatentlastung in 2008 bei 78.000 Euro und in 2009 bei 314.000 Euro liegen wird. Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Wohngeldes wurden Finanzierungsanteile des Bundes an den Kosten der Unterkunft verändert. Bei der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte erwartet die Verwaltung in 2009 eine Etatbelastung von 860.000 Euro, in 2010 eine Entlastung von 80.000 Euro sowie 1,1 bzw. 1,6 Mio Euro in den Folgejahren. Bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft rechnet die Verwaltung mit rückläufigen Erträgen in Höhe von 5,3 Mio Euro. Als Fazit nannte die Verwaltung, dass die steigenden Wohnkosten auch künftig durch die Kommungen aufgefangen werden müssen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 erläuterte die Verwaltung, dass es in Düsseldorf 2179 **1 Euro-Jobs** gibt, davon sind 370 bei der Stadt und 312 bei städtischen Tochtergesellschaften. 675 Arbeitsgelegenheiten gibt es in der sozialversicherungspflichtigen Variante, davon 665 im sozialen Bereich und 10 im privaten Bereich.

■ Anträge der Fraktionen

Auf Antrag von CDU und FDP beschloss der Rat gegen SPD (bei Enthaltung BÜ 90), in den nächsten zwei Jahren vier **Kindertageseinrichtungen zu Musikkindergärten** zu entwickeln. Zusätzlich sollen in mindestens zehn Kindertageseinrichtungen mit besonderem sozialem Handlungsbedarf Fördermittel zur musikpädagogischen Erziehung durch Musikfachkräfte der Musikschule von 6.000 Euro pro Kindergartenjahr bereitgestellt werden. Abgelehnt wurde ein Änderungsantrag von BÜ 90 durch CDU und FDP, in den nächsten beiden Jahren mindestens je eine Erzieherin pro Kindertagesstätte im berufsbegleitenden Lehrgang „Kita macht Musik“ fortzubilden. Das Projekt mus-e der Yehudi Menuhin Stiftung sollte auf alle Grundschulen, beginnend in Stadtteilen mit besonderem sozialem Handlungsbedarf, ausgeweitet werden.

Auf Antrag von CDU und FDP beauftragte der Rat gegen SPD, BÜ 90 (bei Enthaltung Linksfraktion, Lemmer, Reichert, Krüger) die Verwaltung, ein **Qualitätsentwicklungskonzept zur Förderung sprachlicher Bildung von der Kindertageseinrichtung bis zum Berufskolleg** zu entwickeln. Das Konzept soll Förderpläne für Kindergartenkinder, Seiteneinsteiger in Grundschulen, individuelle Förderung in Grundschulen und OGATA, Fortbildungskonzepte für Erzieher und Lehrende, Fördermaßnahmen in Einrichtungen mit hohem Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Arbeit mit Eltern aus Zuwandererfamilien sowie Berufsbezogene begleitende Sprachförderung beinhalten. Eine Ergänzung der SPD, im Vorgriff auf das Konzept feste Stellen in den Kindertagesstätten, in denen aufgrund des Sprachstandsfeststellungsverfahrens ein erheblicher Sprachförderbedarf besteht, und Sprachförderung für Kinder, die keine Kita besuchen, anzubieten, wurde von CDU, FDP, Krüger abgelehnt, Enthaltung BÜ 90,

Lemmer, Reichert. Nach der Sprachstandserhebung haben 1100 Kinder in Kindertagesstätten Förderbedarf, hinzukommen rd. 200 Kinder, die keine Kindertagesstätten besuchen.

Der Änderungsantrag von BÜ 90 sah eine Beauftragung eines Handlungs- und Finanzierungskonzepts sowie die Bitte, die Anstrengungen zu verstärken, um mit Sprachfördermaßnahmen auch die Kinder erreichen zu können, die keine Kindertageseinrichtung besuchen. Er wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Auf Antrag von CDU und FDP beauftragte der Rat die Verwaltung, einen **Masterplan für die Umrüstung vorhandener Beleuchtung auf LED-Beleuchtung** zu entwickeln. Die SPD lehnte den Antrag ab, da nicht aufgezeigt werden soll, wie die Anlieger an den Kosten beteiligt werden sollen und zunächst die Modellversuche abgewartet werden sollen. BÜ 90, Linksfraktion, Reichert, Krüger enthielten sich. Zuvor war abgelehnt worden, den Antrag in den Fachausschuss zu überweisen. Der Änderungsantrag von BÜ 90, einen Masterplan Erneuerung Stadtbeleuchtung noch in diesem Jahr vorzulegen, in dem auch der Umfang und die Art der Bürgerbeteiligung, wurde von CDU, FDP abgelehnt (Enthaltung SPD und Linksfraktion).

Der Antrag von BÜ 90, die **Klage gegen die Ablehnung der Flächennutzungsplanänderung – Hafen - durch die Bezirksregierung zurückzuziehen** und die Handlungsoptionen der planerischen Entwicklung darzustellen, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Diesen Antrag bezeichnete die CDU als unsinnig, unnötig, überholt. Die SPD warf der Verwaltung vor, die Klage entgegen einer Zusage ohne Information der Fraktionssprecher des Planungsausschusses eingereicht zu haben und bat, die Klageschrift den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, dies will die Verwaltung zunächst prüfen.

Der Antrag von BÜ 90, **Fördermittel der nationalen Klimaschutzinitiative** einzuwerben, Düsseldorfer Unternehmen und Einrichtungen darauf aufmerksam zu machen und bei der Antragstellung zu unterstützen, sowie das Klimaschutzprogramm zu konkretisieren, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Nach Aussagen der CDU sind zahlreiche Projekte schon in der Umsetzung und deshalb nicht förderfähig. Deshalb wurde der Antrag völlig überflüssig genannt.

Der Antrag von BÜ 90, künftig verstärkt **Partner für die Familienkarte** einzuwerben, deren Produkte umweltbewusst und klimaschonend sind und die energieeffiziente Haushaltsgeräte rabattiert anbieten, wurde von CDU und FDP bei Enthaltung der FDP abgelehnt. Es wurde nicht als Aufgabe der Verwaltung angesehen, Partnerunternehmen für die Familienkarte zu werben.

Auf Antrag von CDU/FDP gegen SPD, Linksfraktion (Enthaltung 2 SPD und 1 BÜ 90-Stimme) wird die Verwaltung gebeten, in Zusammenarbeit mit der **Stiftung museum kunst palast**, verschiedene, auch oberirdische Varianten eines Raum- und Nutzungskonzeptes für die Ausstellungs-, Lager- und sonstigen Räumlichkeiten der Stiftung zu erstellen. Die SPD lehnte den Antrag ab, da sich die Flächensuche nur auf den Bereich zwischen Tonhalle und Ehrenhof beschränken soll. Zuvor war ein gemeinsamer Antrag von BÜ 90 und SPD abgelehnt worden, die Suche nach Erweiterungsmöglichkeiten ergebnisoffen und nicht nur auf Flächen am Ehrenhof zu beschränken.

Gegen Linksfraktion beschloss der Rat, sich mit einem Antrag der Linksfraktion zur **Einführung eines Bürger- und Beteiligungshaushaltes**, nicht zu befassen, da die Verwaltung im Februar aufgefordert wurde, ein Konzept hierzu vorzulegen und dieses für die November-Ratssitzung angekündigt wurde.

Der Antrag der Linksfraktion, die Verwaltung mit der **Aufnahme von Verhandlungen mit der EnBW über den Rückkauf der 2001 und 2005 verkauften Anteile an den Stadtwerken** Düsseldorf einzuleiten, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 abgelehnt. Für die SPD stellte Gudrun Hock dar, dass ein Kauf von Gesellschaftsanteilen mit Gestaltungsfähigkeit verbunden sein muss. Deshalb würde der Zukauf eines kleinen Anteils ausreichen, dieser steht aber nicht zur Disposition.

Ein Antrag der Linksfraktion **„Hartz IV überwinden – vor Ort beginnen“** wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 abgelehnt, Enthaltung Lemmer, Reichert.

Ein Antrag der Linksfraktion zur **Abschaffung der Elternbeiträge in Tageseinrichtungen für Kinder und der Beiträge für Kinder in Tagespflege** ab 1.1.09 wurde von CDU, FDP bei Enthaltung von BÜ 90 abgelehnt. Auch der Antrag auf Verweis in den Fachausschuss wurde von CDU/FDP abgelehnt

■ **Verwaltungsvorlagen**

Die Verwaltung brachte den Haushalt 2009 ein. Dies ist der erste Haushalt in der ab 1.1.2009 vorgeschriebenen Form des doppischen Rechnungswesens. Gleichzeitig wurde schon ein Veränderungsverzeichnis eingebracht, das die Wahlversprechen des Oberbürgermeisters umsetzt: Die Senkung der Gewerbesteuer um 5 Punkte (10,3 Mio Euro) und der Verzicht auf Elternbeiträge bei Tageseinrichtungen für 3-6 jährige Kinder ab 1.8.2009 (8,2 Mio, ab 2010 19,6 Mio Euro). Mündlich kündigte der Stadtdirektor um 16,5 Mio steigende Einkommenssteueranteile der Stadt an, sodass in Verbindung mit dem ursprünglich kalkulierten Überschuss von 4,4 Mio Euro die Haushaltsbelastung gedeckt ist. Im Internet ist der Haushaltsentwurf leider noch nicht zu finden, da die Aufbereitung für einen „barrierefreien Zugang im Internet“ angabegemäß noch einige Zeit dauern wird.

■ **Personalien**

Der Rat wählte einstimmig

- anstelle des Stadtdirektors Rattenhuber den Oberbürgermeister Elbers in den Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH und der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH.
- auf Vorschlag der Arbeitnehmer der Stadtparkasse anstelle von Petra Sassenhausen Karl-Heinz Kaussen zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrates.

■ Investitionen

Der Rat genehmigte einen Dringlichkeitsbeschluss

- für den 3. Bauabschnitt der Sanierungsmaßnahmen an der Hulda-Pankok-Gesamtschule mit Gesamtkosten von 1,17 Mio Euro. Die Maßnahme umfasst die Teilsanierung der technischen Gebäudeausrüstung sowie Renovierungsarbeiten im Bauteil B - Verwaltung und Klassenräume (einstimmig).

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.